

Webseminar ICAN France

**Über die Möglichkeit, Frankreich und  
Deutschland in Sachen nukleare  
Abrüstungspolitik zu einer einheitlichen  
Linie zu bewegen**



Durchgeführt mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung Paris

## **Über die Möglichkeit, Frankreich und Deutschland in Sachen nukleare Abrüstungspolitik zu einer einheitlichen Linie zu bewegen.**

Das Jahr 2021 könnte man mit dem Inkrafttreten am 22. Januar des Atomwaffenverbotsvertrags (AVV) und der für August geplanten 10. Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags, auch Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag genannt (NVV), wahrhaftig als „nukleares Jahr“ bezeichnen. Zudem ist Frankreich entschlossen, die „strategische europäische Autonomie“ gemeinsam mit Deutschland zu stärken. Im Mittelpunkt dieser Zusammenarbeit stehen vor allem mögliche Synergien im Rahmen der Kräfte und Projekte, die mit der Rüstungsindustrie (insbesondere mit dem FCAS) verbunden sind, doch sie befasst sich nicht mit der Sicherheit, die durch die Stärkung einer gemeinsamen Abrüstungspolitik geschaffen werden könnte. Parlamentarier und Vertreter der Zivilgesellschaft müssen sich aber mit diesem Thema auseinandersetzen, um eine echte europäische Abrüstungskultur zu schaffen. In diesem Sinne fand am 22. März 2021 mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung Paris ein Webseminar statt, das Experten, Forscher und deutsch-französische Parlamentarier zusammenbrachte.

Ziel der ersten Gespräche war es, den aktuellen Stand der Abrüstungspolitik in Deutschland und Frankreich sowie deren Einstellung in Bezug auf den NVV und den AVV zu analysieren.

Wie es der Leiter der Beobachtungsstelle für Rüstungsfragen **Patrice Bouveret** betonte, ist es gleich zu Beginn der Gespräche erforderlich, „die eigentliche Thematik der Diskussion zu identifizieren“, denn „Abrüstung“ hat für die verschiedenen Akteure nicht die gleiche Bedeutung! Nach einer strengen Definition handelt es sich um Maßnahmen zur gezielten Einschränkung oder sogar völligen Abschaffung eines Waffenarsenals, um Konflikte zu verhindern ... Allerdings wird dieser Begriff, so erklärte er, „zu oft zugunsten von Konzepten wie Rüstungskontrolle und -überwachung missbraucht“. Was zum Beispiel Frankreich angeht, so wurden tatsächlich Maßnahmen zur Reduzierung des Atomwaffenbestands ergriffen, zur gleichen Zeit dazu wurde aber auch eine Modernisierung der Streitkräfte beobachtet. Was also die Regierung als Abrüstung präsentiert, entpuppt sich in Wirklichkeit als eine „Rationalisierung der Ausrüstung“ und stellt keine Reduzierung der Rolle der Waffen in ihrer Strategie dar. So müssen für diesen Experten „die Herausforderungen der Abrüstung im Sinne des Artikels 26 der Charta der Vereinten Nationen verstanden werden“, d.h. mit dem Wunsch, die menschlichen und wirtschaftlichen Ressourcen, die dem Militär gewidmet sind, auf ein Minimum zu reduzieren, um die Schaffung und Erhaltung von internationalem Frieden und Sicherheit zu fördern.

**Anne Balzer** von ICAN Deutschland berichtete, dass der deutsche Außenminister Heiko Maas „versucht, einen neuen Weg in Richtung Rüstungskontrolle und Abrüstung einzuschlagen“. Dies hat zur Gründung der "Stockholm-Initiative" mit Schweden geführt. An dieser Initiative nehmen um die 15 Staaten teil und ihr Ziel es ist, einfache, effektive und zwanglose Aktionen zugunsten der Abrüstung zu fördern. Aber, wie Frau Balzer betonte, „sichert Berlin gleichzeitig weiterhin der NATO seine Unterstützung zu und die Frage der nuklearen Teilhabe und der in Büchel stationierten amerikanischen Atomwaffen kommt nicht voran“. Auf parlamentarischer Seite stellte sie fest, dass

sowohl die Sozialdemokraten als auch die Christdemokraten dem AVV sehr skeptisch gegenüberstehen. Ein neues Element könnte jedoch deren Meinung ändern, da eine von den wissenschaftlichen Diensten des Bundestages veröffentlichte Studie die juristische Vereinbarkeit des AVV und des NVV aufzeigt. Frau Balzer konnte darüber hinaus beobachten, dass die Annäherung mit Frankreich grundsätzlich nicht abgelehnt wird, jedoch eine große Skepsis gegenüber dem Vorschlag von Präsident Macron (Rede vom 7. Februar 2020) besteht, die Bundeswehr und andere europäische Partner in den Atomübungen miteinzubeziehen. Sie stellte außerdem fest, dass Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer sich zu diesem Thema nie wirklich geäußert hat. Diese will zwar diesen entscheidenden strategischen Dialog führen, „hinterfragt aber gleichzeitig dessen Bedeutung und Reichweite“.

**Jean-Marie Collin** von ICAN Frankreich wies zunächst darauf hin, dass in Frankreich das Thema Abrüstung „generell nicht Gegenstand der wesentlichen Überlegungen ist, sei es seitens der Universitäten und Forschungszentren oder seitens der parlamentarischen Gremien“. Deren Veröffentlichungen konzentrieren sich hauptsächlich auf das Konzept einer „Abschreckung“ und auf die Mittel, diese aufrechtzuerhalten. In dieser Hinsicht präsentierte er ein Beispiel, das die Schwierigkeit zeigt, ein solches Thema aufzugreifen, und zwar mit der Umgestaltung der „Ständigen Behörde für nukleare Abschreckung, Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung“ (die 2018 vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten bestätigt wurde) in eine einfache „Studiengruppe für das Inkrafttreten des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen“. Aber letztlich, so seine Analyse, war das angesichts der Rede des Präsidenten zur Abschreckungspolitik (7. Februar 2020) zu erwarten, denn da ging es vor allem um Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle. Obwohl Frankreich in der Vergangenheit Abrüstungsmaßnahmen ergriffen hat, wurden seit 2010 keine neuen Entscheidungen in dieser Richtung angekündigt oder umgesetzt. Dies wirft seiner Ansicht nach Fragen über die Bereitschaft des Landes auf, die mit Artikel VI des NVV verbundenen Verpflichtungen nach Treu und Glauben umzusetzen, oder die im Abschlussdokument von 2010 enthaltenen Maßnahmen zu ergreifen. Zudem hat Frankreich zur gleichen Zeit eine Kampagne zur Erneuerung seines Atomwaffenarsenals gestartet. Jean-Marie Collin wies zuletzt auf ein positives Zeichen hin, das mit der Nichtverbreitung zu tun hat: die seit zwei Jahren in Zusammenarbeit mit Deutschland durchgeführte Abrüstungsverifikationsübung NuDiVe (Nuclear Disarmament Verification).

In einer zweiten Phase sprachen politische Entscheidungsträger beider Länder über ihre Rolle, über mögliche Handlungsansätze sowie über die bestehenden Widersprüche. Elemente, die dazu verhelfen könnten, eine gemeinsame deutsch-französische und damit einhergehend auch europäische nukleare Abrüstungsdynamik in Gang zu setzen.

Für die Bundestagsabgeordnete **Katja Keul** ist es logisch: „Je weniger Atomwaffen wir haben, desto besser wird es uns gehen“. Aus diesem Grund ist die Notwendigkeit, „die Relevanz von Atomwaffen und die Rolle der nuklearen Abschreckung zu reduzieren eine grundlegende Frage, die geklärt werden muss, um die Arsenale langfristig abschaffen zu können“. Für Deutschland fordert sie den Abzug der in Büchel

stationierten US-Atomwaffen. Ein Thema, das in ihrem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und insbesondere im Unterausschuss für Abrüstung und Rüstungskontrolle diskutiert wurde. Aber, wie sie einräumte, erlaubt der vertrauliche Charakter dieses parlamentarischen Rahmens keinen spürbaren politischen Druck, im Gegensatz zu dem der Zivilgesellschaft, der eine größere Resonanz verspricht. Sie würde es auch begrüßen, wenn sich die neue deutsch-französische parlamentarische Versammlung mit dem Thema „Atomwaffen“ befassen würde. Bislang scheinen diese Kammer und ihre neue Arbeitsgruppe für Außenpolitik (in Kraft seit September 2020) diese Arbeit nicht wirklich wahrnehmen zu wollen, vor allem aufgrund der Verfahrensvorschriften. Während der Debatte sagte Frau Keul, dass falls ihre Partei (Bündnis 90/Die Grünen) die Bundestagswahl im September 2021 gewinnen sollte, eine deren ersten Aktionen es sein würde, mit der zukünftigen Koalition über den Abzug der US-Waffen zu verhandeln und dann zu versuchen, an der ersten Sitzung der Vertragsstaaten des AVV vom 12 bis zum 14. Januar 2022 in Wien als Beobachterstaat teilzunehmen.

Der Mitglied des Europäischen Parlaments **Mounir Satouri** findet, die strategische Autonomie sei von Europa aus gesehen ein sehr beliebter Begriff. Aber für seine politische Partei (EELV, Europa Ökologie – Die Grünen) „ist es kein Ziel an sich, sondern nur eine Methode: Das Ziel sind Frieden und Sicherheit, nicht Autonomie“. Außerdem bedauerte er, dass dies seitens Frankreich derzeit „den starken Wunsch zeigt, einen Teil der budgetären und politischen Verantwortung für das Atomwaffenarsenal auf die europäische Ebene zu verlagern“. Ein klarer Beweis für die Komplexität des Themas und damit für die Notwendigkeit, über „Abrüstung“ zu sprechen. Herr Satouri bedauerte ebenfalls, dass wenn die Fragen zur Verteidigung diskutiert werden, der „Elefant im Raum immer die Rolle von Frankreichs Atomwaffenarsenal sei.“ Darüber wurde nie auf einfache und direkte Weise debattiert. Und das, so erinnerte er, „trotz wiederholter Erwähnung der NVV-Verpflichtungen und des Inkrafttretens des AVV“. Es sei wichtig, betonte er weiterhin, „zu hören, dass der Gang der Geschichte der Ausstieg aus der militärischen Atomenergie ist“ und daher das Projekt vorangetrieben werden muss, Frankreich beim ersten Treffen der AVV-Vertragsstaaten als Beobachterstaat aufnehmen zu lassen.

**Emmanuel Dupuy**, Präsident des Instituts für Perspektive und Sicherheit in Europa (IPSE) und Generalsekretär der politischen Partei Les Centristes, zuständig für internationale Beziehungen, gibt zu, dass „das Prinzip der strategischen Autonomie der EU („strategischer Kompass“ oder „Strategic compass“ weist auf die der EU zur Verfügung stehenden Mittel, um die aktuellen und zukünftigen Bedrohungen für das nächste Jahrzehnt zu identifizieren) nicht viel bedeutet“. Dieses Prinzip enthält eher widersprüchliche Elemente und letztlich bleibt es relativ oberflächlich, solange die 27 Mitgliedsstaaten nicht die gleiche Vision eines strategisch autonomen Europas teilen. Eine Autonomie zunächst von den Vereinigten Staaten, aber auch vom „exklusiven“ Konzept der euro-atlantischen Sicherheitsordnung; daher die Notwendigkeit, ein europäisches Weißbuch zur Sicherheit und Verteidigung zu erstellen. Er ist auch der Meinung, dass die Frage der Art von Verteidigung gründlich überdacht werden sollte, insbesondere aufgrund der technologischen Entwicklungen (Modernisierung der Kampfsysteme, Drohnenverordnung, ballistische Hypergeschwindigkeit, Cyber und Weltraum), und dass in dieser Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler

Ebene als erstes Abschreckungsmittel „eine ernsthafte demokratische Debatte über das militärische Nuklearprogramm“ geführt werden sollte. Diesbezüglich betonte er, es gäbe einen echten Unterschied zwischen Frankreich und Deutschland, wo die öffentliche Meinung sich deutlicher und stärker gegen Atomwaffen ausspricht. Eine Kluft, die auch verstärkt in der Außenpolitik Frankreichs spürbar ist, denn er meinte, dass das Land „sich nicht einerseits als multilaterale Macht betrachten und andererseits diesen Multilateralismus für sich unterschiedlich umsetzen kann, indem es bestimmte UN-Standards oder -Resolutionen je nach Übereinstimmung mit seiner eigenen Verteidigungspolitik annimmt oder ablehnt.“ Der Atomwaffenverbotsvertrag ist hierfür das beste Beispiel.

Diese Reihe von Webinaren (siehe Brief Nr. 3, 2020) hat die große Bedeutung des 2020 mit der Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung Paris gestarteten Projekts zur „Stärkung der Abrüstungsdynamik“ bekräftigt. Obwohl Präsident Macron eine Politik der Annäherung an Deutschland eingeleitet hat, um eine echte Verteidigungskooperation aufzubauen (auf industrielle und strategische Basis sowie Fähigkeitsgetrieben), erscheint es uns unerlässlich, angesichts der aktuellen Überlegungen und als zivilgesellschaftliche Organisation, die sich für das Verbot und die Abschaffung von Atomwaffen einsetzt, eine weitere Alternative in den Vordergrund zu rücken: die Stärkung der europäischen Sicherheit durch eine Abrüstungspolitik, bei welcher die deutsch-französische Zusammenarbeit als Handlungsschwerpunkt festzuhalten wäre.